

Antragsbuch

Antragsbuch für den Kreisparteitag 2012.1
der PIRATEN Ilm-Kreis

Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

1	Programmanträge	2
	PA001 – Vereinheitlichung der elektronischen Erreichbarkeit von Kommunalen Gebietskörperschaften	2
	PA002 – 50% Quote in Bewerbungsverfahren bei Qualifikationsgleichheit	2
	PA003 – Gleichartige Finanzierung und Förderung aller Schulen unabhängig von Schulträger	3
	PA004 – Depublizieren abschaffen	5
	PA006 – Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt in allen Öffentlichen Verwaltungen	5
	PA007 – Verbindliches Fahrsicherheitstraining als Abschluss der Probezeit einführen .	6
	PA008 – Verkehr	7
	PA009 – kostenlose Parkplätze für Elektroautos	8
	PA010 – Wirtschaft, Universität und Infrastruktur	9
	PA011 – Familie und Soziales	9
	PA012 – Familie und Soziales - Umsetzung des Cochemer Modells	10
	PA013 – Barrierefreiheit	10
	PA014 – Bürgerbeteiligung und Transparenz	11
	PA015 – Bürgerbeteiligung und Transparenz - Bürgerhaushalt mit echter Mitbestimmung	11
	PA016 – Bürgerbeteiligung und Transparenz - Streaming von öffentlichen Sitzungen .	12
	PA017 – Open-Source in der Verwaltung	12
	PA018 – Ehrenamt	13
	PA019 – Familie und Soziales - unabhängige Kontroll- und Beschwerdestelle	13
	PA020 – Familie und Soziales - bedarfsgerechte Kinderbetreuung	14
	PA021 – Familie und Soziales - Gleichstellung	14
	PA022 – Transparenz - Informationsfreiheit in Kommunen	15
	PA023 – Transparenz - Live-Übertragung und Aufzeichnung von Ratssitzungen	15
	PA024 – Bürgerbeteiligung - Bürgerbeteiligungshaushalt	16
	PA025 – Bürgerbeteiligung - Bürgerservice und -anfragen	16
	PA026 – Soziales - Barrierefreiheit in der kommunalen Verwaltung	17
	PA027 – Soziales (evtl. auch zum Thema Wirtschaft, Verkehr oder Infrastruktur) - ÖPNV	17
	PA028 – Sport und Kultur - Sport und Kultur fördern	18
	PA029 – Wirtschaft - Gründerförderung	18
	PA030 – Umwelt - Energie sparen und nachhaltig wirtschaften	18
	PA031 – Kommunale Verwaltung - Solide Finanzplanung	19
2	Sonstige Anträge	19

X001 – Gemeinsame Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 durch die dem BT-Wahlkreis angehörigen KV	19
X002 – Volksentscheid zum ESM	20
X003 – Sanierung der Fahrbahn Jonastal	21
X004 – Nachtfahrverbot für LKW in Arnstadt von 22 Uhr bis 6 Uhr.. . . .	22
X005 – Umbau des Stadtbades	22
X006 – Sanierung Ichterhäuserstraße	22
X007 – Sanierung Autobahnzubringer Stadtilmer Straße	23
X008 – Kino für Arnstadt	23
X009 – Schaffung eines Skigebiets am Schneekopf	23
X010 – Geschwindigkeitsüberwachung	24
X011 – Eigenständigkeit von Kommunen	24

1 Programmanträge

PA001 – Vereinheitlichung der elektronischen Erreichbarkeit von Kommunalen Gebietskörperschaften

Antragsteller: *Käptn Nemo* , für das Wahlprogramm

Antragstext

Alle Ämter und Behördenleiter kommunaler Gebietskörperschaften müssen über einheitliche e-Mail-Postfächer erreichbar sein, die nach einem einheitlichen Syntax aufgebaut sind. Das Thüringer Innenministerium hat auf der Plattform Thuringen.de ein Kommunal-E-Mail-Verzeichnis bereitzuhalten, dessen Einträge durch die Hauptämter der kommunalen Gebietskörperschaften stets aktuell zu halten sind.

Begründung

Es gibt in Thüringen kein vollständiges dauerhaft aktuelles Verzeichnis von E-Mail-Kontakten, über die der Bürger mit seiner Kommunalverwaltung kommunizieren kann. Teilweise haben Bürgermeister, Gemeinden oder Ämter keine eigenen funktionalen Mailadressen, sondern sind (insbesondere bei ehrenamtlichen Bürgermeistern) nur über die privaten Adressen der Behördenleiter erreichbar. Spätestens nach Neuwahlen ist es dem Bürger so nicht mehr möglich mit der für ihn sachlich und fachlich zuständigen Stelle zeitgemäß zu kommunizieren.

PA002 – 50% Quote in Bewerbungsverfahren bei Qualifikationsgleichheit

Antragsteller: *Käptn Nemo* , für das Wahlprogramm

Antragstext

Bei allen Bewerbungsverfahren ist dafür zu sorgen, das eine gleichmäßige Besetzung dieser Stellen stattfindet, indem bei **gleicher fachlicher Qualifikation** dem unterrepräsentierten Geschlecht solange der Vorrang bei der Besetzung der Stelle eingeräumt wird, bis eine ausgeglichene Stellenbesetzung erreicht ist. Ist eine ungerade Stellenzahl vorhanden, so darf der

Unterschied eine Stelle betragen.

Bei Bewerbungen um Zulassung zu Auswahlverfahren, bei denen im Vorfeld keine fachliche Bewertung stattfindet, sondern erst im Auswahlverfahren selbst die Eignung der Kandidaten ermittelt wird, ist derselbe Prozentsatz jeden Geschlechts zum Verfahren zuzulassen, der in der Gesamtheit aller Bewerber zum Verfahren vorzufinden ist.

Begründung

Die aktuelle Diskussion um Quoten bei der Stellebesetzung krankt an zwei wesentlichen Punkten:

1. die Diskussion verkennt, dass es ausschliesslich um eine Quotierung bei gleichwertiger Qualifikation der Bewerber geht
2. die Diskussion beisst sich unzutreffender Weise an den Führungsämtern und deren gleichberechtigter Besetzung mit Frauen fest, verkennt dabei aber das es nach wie vor quer durch die Berufe Bewerberdiskriminierungen gegenüber beiden Geschlechtern gibt. So sind Männer beispielsweise bei den Berufen Kindergärtner, Sekretäre oder Friseure ebenso unterrepräsentiert, wie Frauen in den Positionen von Abteilungsleitern oder dem Berufsbild der Fernfahrer.

Greift eine Quote aber wie vorgesehen erst nach einer fachlichen Bewertung, so kann auf Grund der hierbei festgestellten gleichwertigen Qualifikation auch die abfällige Bezeichnung "Quotenfrau" sachlich nicht mehr greifen.

Die bewerbergleiche Quote für Auswahlverfahren sichert den gleichberechtigten Zugang zu den Auswahlverfahren.

PA003 – Gleichartige Finanzierung und Förderung aller Schulen unabhängig von Schulträger

Antragsteller: *Käptn Nemo* , für das Wahlprogramm

Antragstext

Der Kreisparteitag möge beschließen, das folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 aufgenommen werden soll:

Jede Schule in freier Trägerschaft, wird finanziell im gleichen Umfang gefördert wie eine staatliche Schule. Damit entfällt die Notwendigkeit der Schulen freier Träger sich durch Schulgeld finanzieren zu müssen und es wird jedem Kind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, die Möglichkeit gegeben an der für sich am besten geeigneten Schule zu lernen.

Begründung

Viele staatliche Schulen haben massive Qualitätsprobleme. Da sich Schulentwicklungsschritte an staatlichen Schulen in Zeiträumen von vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten vollziehen, können und wollen nicht alle warten bis die staatlichen Schulen ihre Probleme in den Griff bekommen. Deshalb sollen Eltern, Kommunen und andere interessierte Initiativen eine faire Chance erhalten eine bessere Alternative zu schaffen. Die Praxis zeigt, dass freie Schulen in der Vermittlung von Kompetenzen und in zentralen pädagogischen Fragen, wie z.B. der individuellen Förderung, den staatlichen Schulen oftmals überlegen sind. Freie Träger reagieren flexibler auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Ihr Qualitätsbewusstsein ist ausgeprägter. Der Verzicht auf Schulgeld stellt sicher, dass hier keiner Elitenbildung über den Geldbeutel Vorschub geleistet wird. Der Staat soll sich in der finanziellen Förderung gegenüber allen Schulen ohne Schulgeld neutral verhalten.

Dem Grunde nach muss der Staat für die Ausbildung jedes einzelnen Kindes die notwendige Finanzierung bereitstellen:

(Verfassung des Freistaats Thüringen (ThürVerf)

Fassung Vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625)

zuletzt geändert durch Viertes ÄnderungsG vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745)

Dritter Abschnitt

Bildung und Kultur

Artikel 20

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung.

Der freie und gleiche Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen wird nach Maßgabe der Gesetze gewährleistet.

Begabte, Behinderte und sozial Benachteiligte sind besonders zu fördern.

Artikel 21

Das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern, Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bilden die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens.

Sie sind insbesondere bei dem Zugang zu den verschiedenen Schularten zu achten.)

Daher steht gemäß Verfassung derzeit jeder öffentlichen Schule, ein jährlicher Finanzierungsbeitrag (pro Schüler) zu, um den freien und gleichen Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen zu gewährleisten.

Wenn ein Schüler das verfassungsmäßig verbrieft natürliche Recht auf Bildung an einer Schule eines anderen Trägers wahrnimmt, werden die auf diesen Schüler entfallenden Mittel im Bereich der öffentlichen Schulen nicht mehr benötigt.

Sie sind daher dem Träger der Schule zuzuweisen, der nunmehr den Bildungsauftrag an Stelle der öffentlichen Schule erfüllt.

Der Gleichheitsgrundsatz fordert zudem, dass Gleiches gleich zu behandeln ist.

Somit ist auch die Lernmittelfreiheit, unabhängig vom Schulträger, durchgehend für jeden Schüler zu gewährleisten, indem die auf den Schüler entfallenden Mittel auch hier dem jeweils zuständigen Schulträger zuzuweisen sind.

PA004 – Depublizieren abschaffen

Antragsteller: *Käptn Nemo* , für das Wahlprogramm

Antragstext

Der Kreisparteitag möge den folgenden Antragstext beschliessen und zum Landesparteitag 2012.2 als Antrag einreichen:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Thüringen möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Die Piratenpartei Thüringen spricht sich gegen das sogenannte “Depublizieren” von Internetinhalten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus.

Unter Verwendung von Gebührengeldern produzierte Inhalte müssen den Gebührenzahlern zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung gestellt werden können. Die Piratenpartei Thüringen setzt sich daher dafür ein, dass der entsprechende Passus aus dem Rundfunkstaatsvertrag wieder gestrichen wird und wird keinem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zustimmen, in dem dieser Passus enthalten ist.

Begründung

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland.

PA006 – Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt in allen Öffentlichen Verwaltungen

Antragsteller: *Käptn Nemo* , für das Wahlprogramm

Antragstext

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Haushaltsrechnungen, Haushaltsentwürfe und Unterlagen über die mittelfristige Finanzplanungen auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene spätestens zum Zeitpunkt der Vorlage an das zuständige Gremium und mindestens vier Wochen vor dem Termin einer beschlussrelevanten Sitzung des Gremiums nicht nur als PDF - Dokument, sondern auch in einer Weise digital veröffentlicht werden (vorzugsweise Tabellendokument, OfficeOpenXML (OOXML) oder Open Document Format (ODF), die eine weitergehende Auswertung der Unterlagen durch interessierte Bürgerinnen und Bürger barrierefrei und maschinenlesbar zulässt.

Die Unterlagen zur Haushaltsplanung sollen vollständig digital einsehbar sein und neben den Haushaltsansätzen des Vorjahres auch die Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres, die Haushaltsansätze des kommenden Haushaltsjahres und auch die vollständigen Begründungen

je Einzelposition enthalten. Vorbemerkungen, Erklärungen zu Deckungsfähigkeiten sowie die Anlagen zum Haushaltsplan sind ebenso digital auszuweisen.

Begründung

Nur durch die frühzeitige Darstellung der Haushaltsplanung und der eröffneten Möglichkeit, die zugehörigen Dokumente nach frei festzulegenden Kriterien zu filtern, kann bürgernahe Transparenz in Haushaltsfragen gewährleistet werden.

Datenschutzrechtliche Gründe, die einer Veröffentlichung zuwiderstehen, existieren nicht. Vielmehr haben die Bürger nach dem Informationsfreiheitsgesetz einen Rechtsanspruch auf diese Informationen und müssen sich zumindest darauf verlassen können, dass die Verordneten des beschlussgebenden Gremiums hinreichende Möglichkeiten zur Einsichtnahme in alle erforderlichen Unterlagen hatten.

Um einen handhabbaren Umgang mit den Datenmengen zu gewährleisten, sind die Haushaltspläne barrierefrei und maschinenlesbar zu publizieren, Beispielsweise als Tabellendokument oder ggf. einfach als html oder Textfile, jedoch nicht als ein gescanntes pdf. Da der Haushaltsentwurf und der anschließende Beschluss sich in jedem Fall an der bestehenden Rechtsgrundlage, der Bedarfssituation und der Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten orientiert, ist eine rechtswidrige oder auch nur kontraproduktive Umgestaltung der Haushaltsansätze durch diese geschaffene Transparenz erschwert. Vielmehr wird einer ungewollten Manipulation der Haushaltszahlen vorgebeugt. Eine Überprüfung der Dokumente auf durchgeführte Änderungen zum vorherigen Ansatz ist jederzeit möglich. Die durch die geforderte Vorveröffentlichung geschaffene Transparenz erleichtert die Kommunikation mit den Bürgern, stärkt den beschlossenen Entwurf des zuständigen Gremiums und beugt einer ungewollten Einflussnahme vor.

Zielstellung ist die Möglichkeit der Zusammenführung aller Haushalte in der Art <http://bund.offenerhaushalt.de/>

PA007 – Verbindliches Fahrsicherheitstraining als Abschluss der Probezeit einführen

Antragsteller: *Käptn Nemo* , für das Positionspapier

Antragstext

Die PIRATEN fordern ein verbindliches Fahrsicherheitstraining als Bedingung für die Beendigung der Probezeit. Die Handhabung eines geführten Fahrzeugs soll in Extremsituationen und bei verschiedenen Witterungen sichergestellt werden. Außerdem soll dadurch die Sensibilisierung für Gefahren erhöht und damit eine vorausschauende Fahrweise gefördert werden.

Wir können so die Unfallzahlen senken und Menschenleben retten und damit eine Grundlage des Vertrauens bei der Verkehrspolitik gegenüber dem mobilen Menschen schaffen.

Begründung

Auch wenn es in der Regel mehrere Ursachen für einen Unfall gibt, beeinflusst der Mensch letztlich durch sein Verhalten in hohem Maße, ob es zu einem Unfall kommt oder nicht. Fast jeder Verkehrsunfall ist ein Unikat, in den allermeisten Fällen menschliches Fehlverhalten bei unterschiedlichsten Randbedingungen (wie Temperatur/Witterung/innerorts/Landstraße Autobahn, Kind/Fußgänger/Radfahrer/PKW/LKW usw.)

Auf Unikate kann nur individuell eingegangen werden und somit nicht allgemein und statisch. Lernen durch Erfahren ist beim Fahrsicherheitstraining das ausschlaggebende, dort wird eine präzise Risikoeinschätzung und ein Gefühl für das eigene Fahrzeug vermittelt sowie vorausschauende Verhaltensmuster einstudiert. Jeder kann die "an die Verkehrsverhältnisse angepasste Geschwindigkeit" erlernen, es muss sich nur jemand bereit erklären dies auch zu vermitteln! Dieses Training hat sich in Österreich auf die Unfallstatistik deutlich ausgewirkt. Die Zahl der Unfälle, die von junge Menschen bis 24 Jahren verursacht wurden, sind um ein Drittel zurückgegangen. Die Zahl der tödlich verunglückten Jugendlichen im Straßenverkehr ist sogar um drei Viertel gesunken. "2003 vor der Einführung dieses sogenannten "Mehrphasen-Führerscheins" gab es in dieser Altersgruppe 980 Unfälle, 2010 waren es 659. Jeder getötete ist einer zu viel, aber mehr als 300 Unfälle weniger sind ein gutes Ergebnis."

PA008 – Verkehr

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Verkehr" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

"Der öffentliche Personennahverkehr im Ilmkreis richtet sich an Schüler_Innen, Senioren, aber auch „Otto-Normal“-Bürger_Innen. Durch eine geschickte Fahrplantaktung mit anderen Verkehrsmitteln, sowie Einbeziehung der Schul- und Universitätszeiten, die Anbindung der anderen Ortsteile, der Nutzung von Ruf- und SMS-Bussen, sowie der Einsatz von Veranstaltungsbussen am Wochenende (z.B. Fasching, Stadtfest, etc.) soll es möglich gemacht werden eine breite Masse der Bevölkerung für den öffentlichen Personennahverkehr zu begeistern.

Im Straßenverkehr sind alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt.

Bei der Verkehrsplanung soll darauf geachtet werden, dass wirksame Schutzmaßnahmen für Kinder mit in die Planung mit einbezogen werden. Dazu gehören folgende Elemente:

Eine Geschwindigkeitsreduzierung von Tempo 50 auf Tempo 30 in Städten und Gemeinden an Gefahrenstellen, Kindergärten, Schulen und Spielplätzen- sowie auf Hauptstraßen, die Wohn- oder Schulgebiete durchqueren. In Wohngebiete sollen verstärkt verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden. Es soll eine kinderfreundliche Parkraumbewirtschaftung in Wohn-, Schul- und Einkaufsgebieten, die Nutzung von kinderfreundlichen Querungshilfen, sowie kinderfreundliche Haltestellen für Busse verwirklicht werden.

Die Pendlerparkplätze sollen besser beworben werden und mit einem Ruf- bzw. SMS-Bus an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden. Um diesen Prozess zu optimieren wäre eine Synchronisierung mit Bahn und anderen Verkehrsträgern denkbar. Vorstellbar wären somit beispielsweise eine Kooperation mit Taxiunternehmen, verbunden mit der Einrichtung eines Ruf- und SMS-Bus.

Verkehrsprobleme sollen vor allem auf Kreisebene gelöst werden. Die BürgerInnen sollen dabei Mitspracherecht bekommen.”

Begründung

Text zum Großteil selbsterklärend

Verkehrsplanung kinder mit einbeziehen haben wir als Positionspaper auf einem LPT beschlossen

Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer ist eine Forderung von Ramsauer um Fahrradfahrer zu stärken, Interessanterweise waren wir da schneller [1]

[1] <http://www.stern.de/news2/aktuell/ramsauer-will-anteil-des-fahrradverkehrs-erhoehen-1835.html>

PA009 – kostenlose Parkplätze für Elektroautos

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Verkehr” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen und an passender Stelle einzufügen:

”Für Elektroautos sollen Parkplätze eingerichtet werden, an denen es möglich ist, sein Elektroauto aufzuladen. Während des Ladevorgangs ist die Benutzung des Parkplatzes kostenlos. Dies könnte in Kooperation mit den regionalen Energieversorgern geschehen.”

Begründung

Um die Verbreitung von E-Autos zu fördern, bedarf es einer Ladeinfrastruktur. Prinzipell können E-Autos zwar auch an der Steckdose geladen werden, aber das dauert idR länger und gerade in urbaner Umgebung besitzt nicht jeder eine Garage. In Berlin und anderen Städten gibt es bereits solche Parkplätze [1]

Als Vorreiter in dieser Sache gelten Norwegen und Schweden. [2] Freies Parken & Gleichzeitig Laden. Röttgen und Brüderle wollten 2011 einen entsprechenden Entwurf (freies Parken & Nutzung der Busspur) für die Begünstigung vorlegen, aber beim ”wollen” ist es geblieben.

[1] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/89/Electric_Car_Park_Berlin.jpg

[2] <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/e-mobil-paradies-norwegen-revolution-am-trondheimfjord.html>

PA010 – Wirtschaft, Universität und Infrastruktur

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Wirtschaft, Universität und Infrastruktur" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

"Von den infrastrukturellen Voraussetzungen des Ilmkreis (ÖPNV, Straßen, Kommunikation) profitieren Einwohner und Wirtschaft gleichermaßen. Es gilt, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, weiter auszubauen und den Bedürfnissen von Einwohnern und Unternehmen anzupassen.

Die Technische Universität Ilmenau ist nicht nur einer der größte Arbeitgeber im Ilmkreis, sondern auch Motor für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung.

Die Vorstellungen der Bundesregierung sehen vor, dass in Deutschland seit 2010 Breitbandanschlüsse flächendeckend zur Verfügung stehen und bis Ende 2014 75 Prozent aller deutschen Haushalte mit einem Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s ausgestattet sind.

Der Breitbandatlas Thüringen zeigt im Ilmkreis noch ganze Ortsteile und Stadtviertel an, in denen kein Breitbandanschluss verfügbar ist oder wo ein kabelgebundener Netzausbau auf einem minimalen Wert von 2 Mbit/s stagniert, der laut Definition der Europäischen Union die Untergrenze eines Breitbandanschlusses ist. Unter dieser Situation leiden AnwohnerInnen und Unternehmen.

Hier muss dringend weiter investiert werden um die Richtlinien der Bundesregierung umzusetzen und der Technologieregion Arnstadt Ilmenau gerecht zu werden."

Begründung

im Text enthalten

PA011 – Familie und Soziales

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Familie und Soziales" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

"Der demografische Wandel stellt ein ernsthaftes Problem für die Orte und Städte im Ilmkreis dar. Ein modernes und attraktives Umfeld für Einwohner und Unternehmen wirkt diesem entgegen.

Die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen sind direkt mit der Qualität ihrer Bildung verknüpft. Kommunale Bildungs- und Betreuungsangebote müssen erhalten und ausgebaut werden.

Attraktive Freizeitangebote und bezahlbare Kinderversorgung müssen sichergestellt werden. Sparmaßnahmen dürfen nie zu Lasten der Schwächsten durchgeführt werden.”

Begründung

im Text enthalten

PA012 – Familie und Soziales - Umsetzung des Cochemer Modells

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Familie und Soziales” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text an passender Stelle einzufügen:

”Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich für die konsequente Umsetzung des Cochemer Modells zur Deeskalation in strittigen Umgangs- und Sorgerechtsfällen ein.”

Ist der Programmpunkt ”Familie und Soziales” oder vergleichbares nicht vorhanden, so wird durch diesen Antrag ein ebenfalls der Programmpunkt ”Familie und Soziales” mit angelegt.

Begründung

Das Cochemer Modell [1] ein in Deutschland weit verbreitetes Verfahren und wird schon seit 2006 im Altenburger Land eingesetzt. Im Ilmkreis vermutlich seit 2008 [2]. Leider fehlt es noch an der Konsequenten Umsetzung. Dieser Antrag wurde im KV Altenburg angenommen.

[1] http://de.wikipedia.org/wiki/Cochemer_Modell

[2] <http://www.ilm-kreis.de/index.phtml?object=tx%7C1582.100.1&ModID=7&FID=1626.1274.1&sNavID=1626.36&La=1>

PA013 – Barrierefreiheit

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Barrierefreiheit” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

”Barrierefreiheit ist mehr als abgesenkte Bordsteine und Rollstuhlrampen. Barrierefreiheit ist für Menschen mit körperlicher Einschränkung unerlässlich wenn sie am normalen Leben teilhaben sollen. Doch zur Barrierefreiheit gehört auch, vereinfachte Verwaltungsabläufe, die es allen Menschen möglich machen sich in Behörden zu orientieren.

Barrierefreiheit heißt auch eine einfache, verständliche und nutzerfreundliche Homepage der

Behörden.

Öffentliche Gebäude sind so zu gestalten, dass diese auch Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen zugänglich sind. Dies gilt auch für öffentliche Toiletten und Einkaufsmöglichkeiten. Gehwege und Lichtzeichenanlagen sollen so gestaltet werden, dass diese barrierefrei sind. Dies betrifft nicht nur Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, sondern auch Eltern mit Kinderwagen.”

Begründung

im Text enthalten

PA014 – Bürgerbeteiligung und Transparenz

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Bürgerbeteiligung und Transparenz” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

”Aktive Mitbestimmung bei der Gestaltung von Gemeinde-, Stadt- und Kreisentwicklung, Kultur und finanzieller Planung steht allen Bürger_Innen zu. Das betrifft neben Instrumenten wie der Bürgerfragestunde und dem Bürgerhaushalt auch die tägliche Arbeit in Gemeinde- bzw. Stadtrat und Verwaltung. Bedingungslose Transparenz und offene Kommunikation beugen der Politikverdrossenheit unserer Einwohner_Innen vor.

Beim Bürgerbeteiligungshaushalt müssen sich Gemeinde- bzw. Stadtrat und Verwaltung Verpflichtungen auferlegen, um diesen als Instrument der Mitbestimmung interessant zu machen. Verpflichtungen bedeuten dabei nicht, dass alle Vorschläge der Bürger_Innen umgesetzt werden müssen, es bedeutet vielmehr, dass diese gleichberechtigt mit Vorschlägen von Ortsteilen und Fraktionen behandelt werden sollen. Außerdem muss sich der Stadtrat verpflichten, allen einreichenden Bürger_Innen das Recht zur Vorstellung der Ideen zu gewähren. Dies soll in den Fachausschüssen geschehen. Am Ende muss jeder Einreichende über die Entscheidung und vor allem die Gründe für die Entscheidung im Detail informiert werden. Individuelle Begründungen drücken dabei die Wertschätzung für die Einreichenden aus.”

Begründung

im Text enthalten

PA015 – Bürgerbeteiligung und Transparenz - Bürgerhaushalt mit echter Mitbestimmung

Antragsteller: *_moep_ / Andre Stockmann* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Bürgerbeteiligung und Transparenz" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen und entsprechend einzufügen:

"Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich dafür ein, dass den BürgerInnen ein festes Budget für Ihren Bürgerhaushalt zur freien Verfügung steht, um Projekte realisieren zu können, die in der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung stoßen. Das Geld für diesen Bürgerhaushalt, soll jedes Jahr mit im Haushalt eingeplant werden.

Die Ermittlung des/der Projekte mit der breitesten Akzeptanz erfolgt durch einen demokratischen Prozess (z.B. durch das Auslegen von Listen im Rathaus)."

Begründung

Bürgerhaushalt mit echter Mitbestimmung

PA016 – Bürgerbeteiligung und Transparenz - Streaming von öffentlichen Sitzungen

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Bürgerbeteiligung und Transparenz" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen und an geeigneter Stelle einzubauen:

"Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich dafür ein, dass öffentliche Sitzungen der Stadträte und des Kreistags gleichzeitig im Internet übertragen werden und später wieder abrufbar sind.

Wortprotokolle sind auf einer geeigneten Internetplattform zeitnah maschinenlesbar zu veröffentlichen."

Begründung

Da ich diese Forderung schon seit 3 Jahren in den Bürgerhaushalt einbringe und nun zwar Bewegung in die Sache kommt, wird es Zeit, dass wir das auch in unser Programm nehmen.

PA017 – Open-Source in der Verwaltung

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Open-Source in der Verwaltung" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

”Die PIRATEN Ilmkreis sprechen sich für den Einsatz von Open-Source Software auf kommunaler Ebene aus.”

Ist der Programmpunkt ”Open-Source in der Verwaltung” oder vergleichbares nicht vorhanden, so wird durch diesen Antrag ein ebenfalls der Programmpunkt ”Open-Source in der Verwaltung” mit angelegt.

Begründung

Das LiMux Projekt [1] der Stadtverwaltung München hat gezeigt, dass es auch möglich ist, eine Verwaltung mit Open-Source-Software zu betreiben. Bis 2012 wurden 25% der Kosten einspart.

[1] <http://de.wikipedia.org/wiki/LiMux>

PA018 – Ehrenamt

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Ehrenamt” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen:

”Ehrenamtliche Tätigkeiten sind zu begrüßen und ein Mehrwert für unsere Gesellschaft. Gemeinnützige Vereine gestalten das Orts- und Stadtbild im Ilmkreis. Diese sind - sofern es den Orten und Städten möglich ist - bei ihren Tätigkeiten zu unterstützen und intensiv zu fördern.”

Ist der Programmpunkt ”Ehrenamt” oder vergleichbares nicht vorhanden, so wird durch diesen Antrag ebenfalls der Programmpunkt ”Ehrenamt” angelegt.

Begründung

im Text enthalten

PA019 – Familie und Soziales - unabhängige Kontroll- und Beschwerdestelle

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Familie und Soziales” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text an passender Stelle aufzunehmen:

”Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich für die Schaffung einer zentralen und unabhängigen Kontroll- und Beschwerdestelle übergeordnet über der Verwaltung des Jugendamtes ein”.

Ist der Programmpunkt ”Familie und Soziales” oder vergleichbares nicht vorhanden, so wird durch diesen Antrag ein ebenfalls der Programmpunkt ”Familie und Soziales” mit angelegt.

Begründung

Begründung von Henry (KV ABG): Laut Antwortschreiben des Jugendhilfeausschuss im April 2012 sehen man keine Möglichkeit in Angelegenheiten der Verwaltung einzugreifen. Diese Aussage ist nicht richtig, da das BVerfG den Jugendhilfeausschuss rechtlich über die Verwaltung stellt. Bei Fehlverhalten von Mitarbeitern der Verwaltung des Jugendamtes, gibt es somit keine Möglichkeit dies neutral prüfen zu lassen, sowie überhaupt eine wirksame Beschwerde durch führen zu können. Die Mitarbeiter unterliegen keinerlei Kontrolle und entscheiden tatächlich über fremde Menschenleben. Fehlentscheidungen sind momentan weder überprüfbar, noch gibt es die Möglichkeit diese geahndet werden können.

Anmerkung: Antrag wurde im KV ABG angenommen

PA020 – Familie und Soziales - bedarfsgerechte Kinderbetreuung

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt ”Familie und Soziales” der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text an passender Stelle aufzunehmen:

”Die PIRATEN Ilmkreis setzen für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung ein. Die Öffnungszeiten der Kindergärten und Kindertagesstätten sollen an die regionalen Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern angepasst werden.”

Ist der Programmpunkt ”Familie und Soziales” oder vergleichbares nicht vorhanden, so wird durch diesen Antrag ein ebenfalls der Programmpunkt ”Familie und Soziales” mit angelegt.

Begründung

Viele sind gezwungen einen Job auszuüben, den sie eigentlich nicht wollen.
Die Idee dahinter: Schichtarbeiter können bei Bedarf ihre Kinder früher abgeben.
Ähnlicher Antrag im KV ABG. Wurde dort angenommen.

PA021 – Familie und Soziales - Gleichstellung

Antragsteller: *_moep_* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Ich beantrage unter dem Programmpunkt "Familie" der PIRATEN Ilmkreis nachfolgenden Text aufzunehmen und an passender Stelle einzufügen:

"Die durch das Grundgesetz garantierte Gleichstellung ist konsequent zu gewährleisten."

Ist der Programmpunkt "Familie und Soziales" oder vergleichbares nicht vorhanden, so wird durch diesen Antrag ein ebenfalls der Programmpunkt "Familie und Soziales" mit angelegt.

Begründung

Die Gleichstellungsbeauftragte sind ausschließlich für Interessen von Frauen und nicht von Männern verantwortlich. Daher ist eine reale Gleichstellung nicht vorhanden.

Problematik mit Sorgerecht (siehe Positionspapier zum LPT).

PA022 – Transparenz - Informationsfreiheit in Kommunen

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern die bedingungslose Offenlegung aller für Bürgerinnen und Bürger relevanter Dokumente und Informationen aus den Gemeinden. Dazu zählt vor allem die Bereitstellung von Einladungen, Sitzungsunterlagen und Protokollen aus öffentlichen Sitzungen aller Gremien (Gemeinde-/Stadtrat, Ausschüsse, etc.). Neben einer Auslegung in den Gemeinden/Rathäusern ist vor allem eine Veröffentlichung über die Webangebote der Gemeinden erforderlich.

Begründung

Die Kommunen, deren Beamte und Angestellte, genau wie die gewählten Mandatsträger sind Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Die genannten Informationen sollten jedem selbstverständlich zur Verfügung stehen. Außerdem sind diese notwendige Basis für eine echte Bürgerbeteiligung.

PA023 – Transparenz - Live-Übertragung und Aufzeichnung von Ratssitzungen

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, die Möglichkeit von Live-Übertragungen und Archivierung von Ratssitzungen in allen Kommunen zu schaffen. Das bedeutet in erster Linie die Anpassung von Satzungen und Geschäftsordnungen an die Möglichkeit der Aufzeichnung. Für die Umsetzung selbst sollen die Kommunen auf interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie lokal vorhandene Bürgerrundfunkangebote zugehen, welche mit der Umsetzung beauftragt werden können.

Begründung

Zu typischen Zeiten einer Ratssitzung sind die meisten arbeitstätigen Bürgerinnen und Bürger nicht in der Lage, einer solchen Sitzung beizuwohnen. Da jedoch die unmittelbarsten Belange aller Einwohner thematisiert werden, muss ein jeder die Möglichkeit haben, diese Inhalte nachzuvollziehen.

PA024 – Bürgerbeteiligung - Bürgerbeteiligungshaushalt

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern die Einführung eines Bürgerbeteiligungshaushalts in allen Kommunen. Die konkrete Ausgestaltung unterscheidet sich aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen in den Gemeinden. Unabdingbar ist jedoch, dass der Bürgerbeteiligungshaushalt formalisiert ist, wodurch alle Beteiligten ihre Rechte und Pflichten kennen. Die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner am Haushalt soll dabei durch folgenden Rahmen gekennzeichnet sein:

- jährliche Durchführung
- Veranstaltungen zur Information und Auswertung des Bürgerbeteiligungshaushalts
- breite Kommunikation über möglichst viele Kanäle
- Bearbeitung der Vorschläge in den Fachausschüssen bzw. im Gemeinderat
- Rederecht der Einreichenden im jeweiligen Fachausschuss oder Gemeinderat
- Auswertung der Einreichungen (auch bzgl. der Umsetzung)
- Ausführliche Rückantwort zur Sache und zur möglichen Umsetzung
- Veröffentlichung aller Vorschläge und der Ergebnisse der Diskussionen dazu (offline/online)

Begründung

Nur durch eine Formalisierung wissen Einreichende, was sie zu erwarten haben und beteiligen sich entsprechend. Schließlich bringen die Menschen ihre Zeit dafür auf, also sollten die Vorschläge auch angemessen behandelt werden

PA025 – Bürgerbeteiligung - Bürgerservice und -anfragen

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern die Einführung eines Bürgerservice in Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften mit über 5000 Einwohnern. Damit gemeint ist ein zentraler Ansprechpartner/ eine zentrale Stelle, bei dem/ der Bürgeranfragen jeder Art angenommen und an die entsprechenden Fachstellen weiterleitet werden.

Der Bürgerservice ist ebenso Ansprechpartner und Unterstützer bei Anfragen nach jedweder Information aus der öffentlichen Verwaltung. Zu diesem Zweck wird einer der Ansprechpartner außerdem zum Informationsbeauftragten ernannt um derartige Anfragen noch gezielter zu unterstützen.

Begründung

Zentrale Ansprechpartner erhöhen die Dienstleistungsqualität in den Verwaltungen und sind ohne Mehrkosten schaffbar, indem bestehendes Personal zugeordnet wird. Ein spezieller Ansprechpartner für Informationen bzw. Anfragen nach dem IFG erleichtern die Antragstellung.

PA026 – Soziales - Barrierefreiheit in der kommunalen Verwaltung

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, dass die Bedürfnisse und Probleme von Menschen mit Behinderung in Verwaltungen besonders berücksichtigt werden. Vorhandene Barrieren, sowohl architektonischer Natur als auch im inhaltlich-fachlichen Zugang zur Verwaltung, müssen weiter abgebaut werden. Dazu bestellt jede Kommune eine beauftragte Person, die ehrenamtlich oder hauptamtlich für die Belange behinderter Menschen zuständig ist. Besetzungslücken sind dabei auszuschließen.

Begründung

N/A

PA027 – Soziales (evtl. auch zum Thema Wirtschaft, Verkehr oder Infrastruktur) - ÖPNV

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, dass öffentlicher Personennahverkehr als attraktive Alternative zu anderen Verkehrsmitteln zur Verfügung steht. Besonders Personengruppen, denen eine individuelle Möglichkeit des Personentransports (Kinder, Senioren, Menschen mit Behinderung) nicht zur Verfügung steht, muss ein regelmäßiger (mehrmals täglich) Nahverkehr möglich sein. Gerade im ländlichen Raum ist dies unerlässlich, um das Leben dort attraktiv zu machen und der weiteren Entvölkerung entgegen zu wirken.

Begründung

N/A

PA028 – Sport und Kultur - Sport und Kultur fördern

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, dass das Sport- und Kulturleben in den Kommunen nachhaltig gefördert wird. Einspartendenzen sind abzulehnen. Die Arbeit ehrenamtlich tätiger Menschen in Vereinen bereichern die Kultur und das sportliche Leben im Ilm-Kreis. Diese Vielfalt muss in jedem Fall erhalten bleiben. Förderungen für Vereine können finanzieller oder ideeller Natur sein. Die kostenfreie Nutzung von Räumlichkeiten und Sportanlagen für gemeinnützige Vereine ist entsprechend der vorhandenen Möglichkeiten zuzulassen.

Begründung

Das Leben in den Kommunen wird durch das Vereinsleben bereichert. Eine nachhaltige Unterstützung durch die Gemeinden ist unabdingbar.

PA029 – Wirtschaft - Gründerförderung

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, die Gründerhilfe vor allem in den beiden Mittelzentren des Ilm-Kreises intensiv auszubauen. Dabei ist eine inhaltliche – wenn auch nicht zwingend personelle – Abgrenzung von der klassischen Wirtschaftsförderung unerlässlich. In einer Technologieregion, in der die einzige Technische Universität des Landes Thüringen angesiedelt ist, hat eine rege Gründertätigkeit viele Vorteile. Es werden Arbeitsplätze für z.T. hochqualifizierte Arbeitskräfte geschaffen, womit dem demographischen Wandel und der Abwanderung entgegen gewirkt werden kann. Außerdem sind klein- und mittelständische Unternehmen unerlässlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Begründung

Gründer haben andere Bedürfnisse also bestehende Wirtschaftsunternehmen und werden von den Kommunen nicht als wichtige Zielgruppe erachtet, obwohl sie Arbeitsplätze und Wohlstand für die Region schaffen könnten. Die Kommunen müssen zukünftig auf diese speziellen Bedürfnisse gezielter eingehen.

PA030 – Umwelt - Energie sparen und nachhaltig wirtschaften

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, dass Kommunen und (teil-)kommunale Betriebe die Möglichkeiten zur Energie- und Ressourcensparsamkeit intensiver nutzen und somit ihrer Vorbildfunktion für die Einwohnerinnen und Einwohner nachkommen. Besondere Beachtung findet dieses Anliegen bei städtischen Bau- und Sanierungsprojekten. Der Einsatz (re)generativer Energie ist zu bevorzugen.

Begründung

N/A

PA031 – Kommunale Verwaltung - Solide Finanzplanung

Antragsteller: *Daniel S.* , für das Grundsatzprogramm

Antragstext

Die PIRATEN Ilm-Kreis fordern, dass Kommunen ihre Finanzplanung stets auf die vorhandenen finanziellen Mittel auslegen. Kommunale Entwicklung, die ausschließlich auf Neuverschuldung – und damit zu Lasten kommender Generationen – stattfindet, ist abzulehnen. Großprojekte müssen in diesem Zusammenhang auch stets auf ihre finanziellen Auswirkungen auf die zukünftige Haushaltsplanung beurteilt werden. Bestehende kommunale Verschuldung ist konsequent abzubauen.

Begründung

Die finanzielle Versorgung der Kommunen durch das Land geht zurück, dennoch planen und investieren viele Kommunen noch auf dem Niveau der letzten 15 Jahre. Die Auswirkungen einer extremen Verschuldung sind nicht absehbar.

2 Sonstige Anträge

X001 – Gemeinsame Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 durch die dem BT-Wahlkreis angehörigen KV

Antragsteller: *Käptn Nemo*

Antragstext

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 wird gemeinsam mit dem KV Gotha eine "Enter-Crew BTWK 192" ins Leben gerufen.

Diese hat die Aufgabe die logistischen Vorbereitungen für den Wahlkampf im Bundestagswahlkreis Gotha – Ilm-Kreis (Wahlkreis 192) zu übernehmen und während des gesamten Wahlkampfes die organisatorische und logistische Unterstützung des Wahlkreiskandidaten abzusichern.

Der Vorstand des KV Ilm-Kreis wird beauftragt die diesbezüglichen notwendigen organisatorischen Vorbereitungen zur Gründung der Crew mit dem Vorstand des KV Gotha abzustimmen.

Begründung

Wahltermine kommen schneller heran als man gemeinhin glauben mag.
Ein erfolgreicher Wahlkampf muss daher möglichst frühzeitig vorbereitet werden.

Dazu gehört neben der Wahl geeigneter Kandidaten und der Konzentration auf bedeutsame Wahlkampfschwerpunkte eine möglichst professionelle Organisation um die begrenzten finanziellen, materialien und vor allem personellen Ressourcen möglichst optimal zum Einsatz zu bringen.

X002 – Volksentscheid zum ESM

Antragsteller: *Käptn Nemo*

Antragstext

Der KPT 2012.1 möge folgende Aussage als offizielles Positionspapier verabschieden und zum LPT 2012.2 einreichen:

”Der Landesverband Thüringen der Piratenpartei Deutschland ist der Ansicht, dass bei grundlegenden politischen Entscheidungen die Bürger/innen ein Recht auf direkte Beteiligung an der Entscheidung haben.

Daher setzt sich der Landesverband dafür ein, dass über die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) per Plebiszit auf Bundesebene entschieden wird.

Der Landesverband der Piratenpartei fordert die Landesregierung auf, über eine entsprechende Bundesratsinitiative Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen mit dem Ziel, dass ein solcher Volksentscheid angeordnet wird.”

Begründung

(Übernahme eines gleichlautenden Brandenburger Antrags)

1. Der ESM stellt einen tiefgreifenden Eingriff in die Haushaltsautonomie des Bundestages dar. Dadurch wird die Möglichkeit der Bürger/innen, durch künftige Wahlen einen realen Einfluss auf die sachlichen Inhalte der Bundespolitik zu nehmen, in unzulässiger Art und Weise eingeschränkt. Die Piratenpartei kann einen solchen Eingriff in die Bürgerrechte nicht hinnehmen. Das BVerfG hat im Punkt 2 der Begründung zum Lissabon-Urteil unmissverständlich klargestellt: ”Das Recht der Bürger, in Freiheit und Gleichheit durch Wahlen und Abstimmungen die sie betreffende öffentliche Gewalt personell und sachlich zu bestimmen, ist in der Würde des Menschen verankert und elementarer Bestandteil des Demokratieprinzips.” (

<http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html>)

2. Der ESM schafft einen permanenten Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Damit wird die Europäische Union zu einer Haftungsunion nach dem Modell eines Bundesstaates. In Punkt 1) der Begründung zum Lissabon-Urteil des BVerfG stellt das Gericht aber klar: "Für den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat wäre in Deutschland eine Verfassungsneuschöpfung notwendig, mit der ein erklärter Verzicht auf die vom Grundgesetz gesicherte souveräne Staatlichkeit einherginge." Weiterhin heißt es dort: "Die Völker der Mitgliedstaaten sind Träger der verfassungsgebenden Gewalt. Das Grundgesetz erlaubt es den besonderen Organen der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung nicht, über die grundlegenden Bestandteile der Verfassung, also über die Verfassungsidentität zu verfügen (Art. 23 Abs. 1 Satz 3, Art. 79 Abs. 3 GG). Die Verfassungsidentität ist unveräußerlicher Bestandteil der demokratischen Selbstbestimmung eines Volkes." (<http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html>)

Wir Piraten wehren uns gegen jeden Versuch, die verfassungsgebende Gewalt aus den Händen des Volkes zu nehmen. Der Staat ist Dienstleister des Volkssouveräns.

Anmerkungen:

Selbst Rechtswissenschaftler wie Prof. Dr. Wolfgang Kahl (Direktor des Instituts für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht Heidelberg) und Dr. Andreas Glaser (Akademischer Rat dieses Instituts) reklamieren inzwischen u. A. aus den angeführten Gründen, dass aus den Regelungen des ESM de facto eine "neue Verfassung" im Sinne des Artikel 146 GG resultiert und somit Bundestag und Bundesrat verpflichtet seien, eine Volksabstimmung anzuordnen. (Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/politik/gastbeitrag-nicht-ohne-uns-11675748.html>)

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ferdinand Kirchhof, forderte öffentlich, dass über grundlegende Fragen wie die EU-Verträge (und den Euro) Volksabstimmungen geben müsse. Er sagte in diesem Zusammenhang u. A. dass direkte Demokratie überall angebracht sei, wo für die Bürger/innen der EU grundlegende Entscheidungen gefällt werden. (http://www.focus.de/politik/ausland/eu/europaweite-volksabstimmungen-kirchhof-fordert-direkte-demokratie-in-der-eu_aid_711006.html)

X003 – Sanierung der Fahrbahn Jonastal

Antragsteller: *Maik Bellanger*

Antragstext

Sanierung der Brücken und Fahrbahn des Jonastals

Die Brücken und Fahrbahn muss dringen saniert werden. Die im Moment eingeschränkte Nutzung der Fahrbahn durch Breiten und Gewichtsreduzierung ist nicht tragbar.

Eigentlich sollte das Jonastal von Arnstadt bis Anschlußstelle Espenfeld geschlossen werden und zurück gebaut werden mit der Begründung eine Sanierung der Brücken sei zu teuer.

Die Umleitung sollte über den Ort Espenfeld mit einer Lichtzeichenanlage erfolgen.

Das ist für die Einwohner von Espenfeld wegen der erhöhten Lärm- und Feinstaubbelastung eine unzumutbare Belastung.

Begründung

im Text enthalten

X004 – Nachtfahrverbot für LKW in Arnstadt von 22 Uhr bis 6 Uhr..

Antragsteller: *Maik Bellanger*

Antragstext

Nachtfahrverbot für LKW in Arnstadt

Die PIRATEN Ilmkreis sprechen sich für ein Nachtfahrverbot in Arnstadt aus. Das Gewerbegebiet wird von diesem Fahrverbot nicht angetastet.

Begründung

Lärmbelästigung wegen Mautsparen der Speditionen

X005 – Umbau des Stadtbades

Antragsteller: *Maik Bellanger*

Antragstext

Anbau eines Aussenbeckens des Stadtbades Arnstadt

Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich für einen Umbau des Arnstadter Stadtbades ein, wobei dieses um ein Außenbecken erweitert werden. Dadurch wird das Schwimmbad wieder attraktiver für Jugendliche.

Begründung

Der Jugend wird im Stadtbad nichts geboten und sie geht lieber in andere Städte. Mit einem attraktiven Stadtbad könnten dort Veranstaltungen wie Nachtbaden oder Musikevents statt finden.

X006 – Sanierung Ichterhäuserstraße

Antragsteller: *Maik Bellanger*

Antragstext

Sanierung der Ichtershäuserstrasse und Kreuzung Bierweg

Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich für die Sanierung der Ichtershäuserstraße ein. Als Hauptverkehrsader Arnstadt ist der jetzige Zustand der Straße nicht tragbar und wird seit Jahre immer wieder verschoben.

Begründung

Hauptverkehrsader Arnstadt ist im schlechten Zustand wurde auf 2015 verschoben

X007 – Sanierung Autobahnzubringer Stadtilmer Straße

Antragsteller: *Maik Bellanger*

Antragstext

Sanierung der Stadtilmer Straße und Kreuzung Ilmenauer Straße

Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich für die Sanierung der Stadtilmer Straße und Kreuzung Ilmenauer Straße ein. Als Autobahnzubringer und eine der Hauptverkehrsadern ist der jetzige Zustand der Straße nicht tragbar.

Begründung

Hauptverkehrsadern Arnstadt ist im schlechten Zustand

X008 – Kino für Arnstadt

Antragsteller: *Maik Bellanger*

Antragstext

Investorsuche für Kino

Die PIRATEN Ilmkreis setzen sich dafür ein, dass ein Kino die Innenstadt wieder beleben würde. Dabei soll nach einem möglichem Investor Ausschau gehalten werden.

Begründung

Dieses ist meiner Meinung ein wesentlicher Bestandteil für eine Wiederbelebung der Innenstadt. Es muss aber nicht nur ein einfaches Kino sein nein es sollte etwas mehr bieten vielleicht ein Erlebniskino mit Gastronomie

X009 – Schaffung eines Skigebiets am Schneekopf

Antragsteller: *Frank Seifert*

Antragstext

Schaffung eines Skigebiets am Schneekopf

Begründung

Der scheidende Landrat Kaufhold hat sich im letzten Jahr für das Skigebiet am Schneekopf stark gemacht. Da eine Förderung zur Schaffung des Skigebiets nur noch bis 2013 abrufbar ist, ist Eile geboten. Dieses Skigebiet bietet großen touristischen Nutzen für die umliegende Rennsteigregion. Eine vom Land Thüringen in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie attestiert der Region beste Voraussetzungen für dieses Skigebiet. Daher sollte die Piratenpartei etwas für die Region an den Kreisgrenzen tun und sich für dieses Skigebiet aussprechen.

X010 – Geschwindigkeitsüberwachung

Antragsteller: *Unterstrichmoepunterstrich*

Antragstext

Die PIRATEN Ilmkeis setzen sich dafür ein, dass eine Geschwindigkeitsüberwachung nur an solchen Stellen einzusetzen ist, an denen von einer tatsächlichen Gefährdung für andere Verkehrsteilnehmer ausgegangen werden kann.

Bestehende stationäre Geräte sollen einer Prüfung unterzogen werden.

Eine Beauftragung von privaten Dienstleistern zur Geschwindigkeitsüberwachung wird abgelehnt.

Begründung

1. In vielen Orten wird da geblitzt wo man am meisten Geld mit "dummen Autofahrern" machen kann, um Steuerlöcher zu stopfen

2.Private Dienstleister blitzen dank Gesetzeslücke → Kommune soll vom Geld profitieren und private Dienstleister bekommt gewisse Prozente → arbeiten eher auf Profit nicht auf Lerneffekt der Autofahrer

X011 – Eigenständigkeit von Kommunen

Antragsteller: *Unterstrichmoepunterstrich*

Antragstext

Die Piraten Ilmkreis setzen sich dafür ein, dass bestehende Verwaltungsgemeinschaften zu erhalten sind und nicht im Zuge der Umstrukturierung in Landgemeinden abgeschafft werden.

Weiterhin soll es für Kommunen möglich sein, durch eine Umlagezahlung die Leistungen der Verwaltung einer Stadt oder Landgemeinde in Anspruch nehmen zu können, ohne dass Schlüsselzuweisungen gekürzt werden.

Begründung

Durch die CDU Politik und Schaffung von immer mehr Landgemeinden werden immer mehr mittelgroße Gemeinden ihrer Unabhängigkeit beraubt.

Die aktuelle Politik sieht vor möglichst viele, kleinere Gemeinden zu sog. Landgemeinden zusammen zufassen.

Was ist eine Landgemeinde? [1]

Das ganze soll mit dem Ziel aufgebaut werden, Verwaltungskosten zu sparen. Steht hier auch noch mal [1]

Das Modell der Verwaltungsgemeinschaften gibt es nicht mehr.

Bisher haben dem Modell Landgemeinde vor allem kleinere Gemeinden zugestimmt, diese haben auf Grund der finanziellen Abhängigkeit gar keine andere Möglichkeit oder haben sich anderen größeren Städten angeschlossen. Die Wahl zw. Pest und Cholera.

Widerstand kommt vor allem aus größeren Gemeinden die bisher z.B. einen Ortsteil haben. (im Weimarer Land sind das z.B. Kromsdorf (~2000 EW) und Oßmannstedt (~1200 EW) - Bsp für den Ilmkreis kenne ich leider nicht, lassen sich aber sicher herausfinden).

Die Eigenständigkeit der Gemeinde geht bei beiden Varianten verloren, das bedeutet im Klartext kein eigener Haushalt, kein eigener Gemeinderat und Bürgermeister, die über die Notwendigkeiten bestimmen können. Nur noch Ortschaftsrat und Ortschaftsbürgermeister hat minimale Rechte in der Verfügbarkeit der Mittel (vor allem für Brauchtum und Heimatpflege...). Der Gemeinde- oder Stadtrat wird dann zunehmend parteipolitisch gewählt, während es in den meisten Gemeinden eher zum Wohl der Gemeinde gehandelt wird.

Im Extremfall hat die Gemeinde gar keinen Vertreter im Stadtrat, d.h. u.U. interessiert den neuen Rat das Dorf fast nicht. So wird dann mal eine eine von der Gemeinde abgelehnte Umgehungsstraße, die Mehrbelastung bringen würde, gebaut, wenn die Gemeinde zur Stadt gehört, weil es im Stadtinteresse liegt.

Ehemals für die Gemeinde wichtige Objekt sind der Landgemeinde nicht mehr wichtig (z.B. Kultureinrichtungen, Sehenswürdigkeiten usw.). Einnahmen der Gemeinde z.B. aus Gemeindeeigenen Wohnhäusern oder aus extra angesiedelten Unternehmen gehen dann auch in den großen Topf.

[1] <http://www.thueringen.de/de/tim/abteilungen/kommunales/strukturen/landgemeinde/>